

3175/AB XXI.GP

Eingelangt am: 08.02.2002

BM für auswärtige Angelegenheiten

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ulrike Lunacek und GenossInnen haben am 10. Dezember 2001 unter der Nr. 3187/J-NR/2001 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Investitionspläne der OMV im Sudan und Prinzipien der österreichischen Entwicklungspolitik gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Fragen 1, 2 und 5:

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat keine Kenntnis über Investitionspläne der OMV, in die es nicht eingebunden ist und auf die es auch keinen Einfluss hat. Soweit bekannt, führt die OMV entwicklungspolitische Projekte im Sudan durch, welche insbesondere die Bereiche Grundbedürfnisse, Wasser und medizinische Versorgung betreffen.

Zu Frage 3:

Diese Frage betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundes im Bereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten.

Zu Frage 4:

Der Sudan hat einen gewaltigen Nachholbedarf in vielen Wirtschaftssektoren, insbesondere an infrastruktureller Nachrüstung in den Bereichen der Energie- und Wasserversorgung, des Verkehrs und Umweltmanagements. Das Land verfügt über ein beachtliches Potential an Ressourcen, das bei richtigem Einsatz zu einer bedeutenden Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung führen könnte.

Eine Beobachtergruppe aus in Khartum residenten EU-Botschaftern konnte im vergangenen Jahr die Erdölkonzessionsgebiete in Süd-Kordofan und Unity State ohne Begleitung durch Regierungsfunktionäre besuchen. In ihrer Lagebeurteilung kommen die Botschafter zum Schluss, dass dabei alle maßgeblichen Faktoren wie saisonale Wanderbewegungen, Vertreibungen, Konflikt, Gewalt und die jüngste Dürre in Betracht gezogen werden müssen.

Der Bericht der EU-Botschafter stellt fest, dass z.B. der Bau von wetterfesten Straßen für die wirtschaftliche Aktivität der Erdölkompanien auch der örtlichen Bevölkerung zugute komme. Der Zugang der Bevölkerung zu grundsätzlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsvorsorge sei beträchtlich verbessert; besondere Erwähnung finden ein für die örtliche Bevölkerung zugängliches Spital und andere örtliche medizinische Versorgungspunkte sowie die Versorgung mit Wasser und Elektrizität. Auch die Wirtschaftstätigkeit (Transport von Gütern, Ernte und Menschen) habe zugenommen; darüber hinaus würden die Straßen die Rückkehrmöglichkeiten der vertriebenen Personen in ihre Ursprungsdörfer verbessern.